

Kurzfassungen zum Webinar

„Friedensarbeit in Österreich“

am 7. Juli 2020



1) Die Website des Aktionsbündnisses

AbFaNG: www.abfang.org

Gerhard Kofler (FriedensAttac), Konzeption & Web-Betreuung: gk@abfang.org

Knapp ein Jahr existiert nun AbFaNG, das **Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit**. Dafür wurde ein Positionspapier ausgearbeitet (<http://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2019/12/AbFaNG-Positionspapier-Frieden-1-9-2019.pdf>), eine informationsreiche Website geschaffen und einige Aktionen durchgeführt. 35 Organisationen und mehr als 150 Personen unterstützen AbFaNG. Damit wurde ein Fundament für eine neue breite Friedensbewegung gelegt, die im Einklang mit dem von der UN in der Agenda 2030 definierten Zielen für das Nachhaltigkeitsziel **SDG#16** „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ steht.

AbFaNG sieht Frieden als eine „**Querschnittmaterie**“ und verbindet deshalb einzelne Aktivist*innen, Gruppen und NGOs aus den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Bewegungen: Friedens-, Gewerkschafts-, Menschenrechts-, Umwelt-, Naturschutz-, Frauen und Student*innen-Gruppen, religiöse, politische und globalisierungskritische Organisationen sowie Forschungseinrichtungen aus den Bereich Konfliktforschung, nachhaltiges Wirtschaften und gesellschaftliche Transformation.

Die Bündnispartner bleiben unabhängig in ihren Aktivitäten und finden sich fallweise zu gemeinsamen Aktionen zusammen. Neben dem bereits geschaffenen Fundament (Positionspapier) dient die Website www.abfang.org als Informationsdrehscheibe für alle am Frieden interessierten Menschen. Bündnistreffen, wie dieses, dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch.

Die Website www.abfang.org zeigt einerseits **positive Beispiele**, wie die Themen Frieden, Neutralität und Gewaltfreiheit aktiv belebt und wie das Bewusstsein dafür geschärft werden kann: Dies wird unter den Menüpunkten Friedensprojekte, Aktive Neutralität, Gewaltfreiheit sowie Kunst & Friede getan. Hier wird über Kampagnen und Initiativen für (atomare) Abrüstung, Entmilitarisierung, Stärkung der Neutralität und gewaltlosen Widerstand berichtet.

Andererseits wird in www.abfang.org über **aktuelle Bedrohungen**, wie Hochrüstung und Friedensgefährder informiert. Dies wird u.a. unter den Menüpunkten getan: Aktuelles (= Einstiegsseite), Demokratie in Gefahr, Neutralität in Gefahr, Bundesheer im Diskurs, Gewalt an Frauen, Militarisierung, Rüstung & Umwelt sowie Atomare Aufrüstung. Letztendlich lädt die Website die Besucher*innen zur aktiven Teilnahme und Unterstützung an, u.a. durch das Einbringen von Textbeiträgen, Fotos, Ideen und Anregungen sowie durch Leser*innenbriefe. Jede und jeder ist eingeladen die Website zu besuchen, sowie Kommentare und Anregungen zu geben.

2) Frieden als Voraussetzung einer lebensfreundlichen Welt mit Zukunft

Peter Weish (Forum Wissenschaft und Umwelt) peter.weish@univie.ac.at

Die „alte Normalität“ ist keine akzeptable Zielvorstellung. Vielmehr müssen die siebzehn Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (SDG) eine „neue Normalität“ für eine lebensfreundliche Welt mit Zukunft einleiten. SDG #16 strebt Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen an.

Frieden unter den Menschen und Frieden mit der Natur sind Voraussetzung, um auch alle übrigen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Eine Lehre aus der Geschichte: Kriege dienen nicht den Völkern, sondern den Interessen von Machteliten, heute den neo-liberalen Interessen vor allem des militärisch-industriellen-finanzkapitalistischen Komplexes im weitesten Sinne. Wenn wir Frieden wollen, müssen wir versuchen, die treibenden Kräfte hinter Aggression und Krieg zu verstehen und abzubauen.

Der Physiker und österreichische Friedensaktivist Hans Thirring bezeichnete 1946 den Krieg als die Kinderkrankheit der zivilisierten Menschheit. Angesichts der nuklearen Waffensysteme müssen die Friedensinitiativen weltweit ihre Aktivitäten verstärken, um die Gefahr zu bannen, dass die Menschheit an ihrer Kinderkrankheit zugrunde geht.

Wesentlicher Teil des Völkerrechts sind die Charta der Vereinten Nationen und das in ihr niedergelegte allgemeine Gewaltverbot, das jedem Staat einen Angriffskrieg aber auch die Androhung von Gewalt verbietet. Für Verstöße gegen das Gewaltverbot ist der internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig, der allerdings von den Mächtigsten dieser Welt bei ihren eigenen Verbrechen sabotiert wird.

Eine Kultur des Friedens, um die wir uns bemühen müssen, beruht ganz wesentlich auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit. Wir müssen das „Licht“ im Anderen ansprechen, statt seine Aggressivität herauszufordern. Für das neutrale Österreich ergeben sich im Rahmen des SDG #16 wesentliche Aufgaben, wie etwa Einrichten eines zivilen Friedensdienstes als neues Instrument einer aktiven, vermittelnden Außenpolitik.

Das Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit <http://abfang.org/> versteht sich als Themeninitiative von SDG-Watch Austria, um das Bewusstsein für Friedensarbeit in der Österreichischen Zivilgesellschaft zu verstärken.

3) Die Zivilgesellschaft fordert die Politik

Ilse Kleinschuster (Mitglied der „Initiative Zivilgesellschaft“) ilse.kleinschuster@chello.at

Seit 13 Jahren bin ich Mitglied in der „**Initiative Zivilgesellschaft**“ - einem in Österreich gegründeten Verein, der einer Vielfalt von zukunftsweisenden Initiativen der [Zivilgesellschaft](#) eine Plattform zum Austausch bietet. Ziel ist es, über ein gegenseitiges Kennenlernen unterschiedlicher Bewegungen Synergien zu schaffen, um gemeinsam ein lebensfreundlicheres Gesellschaftssystem zu erreichen. Zuletzt haben wir uns der Organisation *AbFaNG* angeschlossen, um gebündelt für eine aktive Friedensarbeit zu mobilisieren. Diesbezüglich möchte ich die Initiative von Karl-Heinz Hinrichs mit ihrer Datenbank ganz besonders hervorheben. Sie nennt sich **EVAL** (steht für „Ehrfurcht vor allem Leben“, aber auch für EVALuieren! Siehe [Kurzvideo: https://www.evalww.com/gewaltige-anstrengungen-fuer-friedenserhalt/](#)).

Immer wieder frage ich mich als einfache Bürgerin, ob ich überhaupt genügend Mitbestimmungsrecht habe, um Friedenssicherung erfolgreich werden zu lassen? Ich glaube, unser neutrales Österreich hätte dafür eine gute Ausgangsposition, um die dazu notwendigen Maßnahmen - die Erarbeitung und Weiterverbreitung eigenständiger, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklungsstrategien, lokal bis global, in friedlicher Kooperation – voran zu treiben. Dafür hat die *Initiative Zivilgesellschaft* jahrelang ihre Kräfte gebündelt. Dank der kontinuierlichen Arbeit mit einigen engagierten Mitgliedern und dank der jährlichen Konferenzen konnte ich nicht nur mein Wissen um die Gefahren von Nuklearwaffen und industrieller Landwirtschaft erweitern, sondern auch Erfahrung in der Beurteilung von ungerechtfertigten Machtansprüchen sammeln.

Immer klarer hat sich in mir die Idee festgesetzt, dass dieses ausufernde kapitalistische System für das Wohlbefinden der Menschen und für ihre Umwelt nicht gut ist. Klar und

deutlich ist diesbezüglich auch Papst *FRANZISKUS* in Bezug auf den neoliberalen Kapitalismus: „*Diese Wirtschaft tötet!*“ Er ruft auf, *aus der Spirale der Selbstzerstörung herauszukommen, in der wir untergehen*. Wir dürfen nicht vergessen, dass *der Markt nicht das Gesamte unseres Daseins ausmacht*, wir dürfen nicht glauben, dass das *was am Markt nicht gekauft und verkauft werden kann, nicht zum Leben gehört*. Genau darin liegt die Wurzel des Problems - *nicht alles ist käuflich und verkäuflich*. In diesem Zusammenhang wird eine partizipative Grundsicherung für alle verlangt.

Die junge ***Fridays for Future*** Bewegung bringt jetzt frischen Wind! Diesen wollen wir für unsere Utopien nützen. Sicher, der Wille zur Veränderung - zur „großen Transformation“ - steht noch auf schwachen Beinen, aber ich kann mir vorstellen, dass viele dieser Nischeninitiativen, wie Gemeinschaftsgärten, Essenskooperativen, Leihläden und Schenkgemeinschaften bereits die Pioniere und Reallabore des gesamtgesellschaftlichen Wandels zur Nachhaltigkeit sind. Solidarisches Wirtschaften, wie bereits die vielfach praktizierte Gemeinwohlwirtschaft zeigt, könnte bald nicht mehr nur Vision sein.

Was jetzt neu ist, ist die Einforderung der Politik! Hier setzen „wir“ unsere Hoffnung in eine neue Art des Parlamentarismus. ***Mehr direkte Demokratie***: „von der Bevölkerung für die Bevölkerung“. Eine neue Initiative in Österreich ist z.B. die Gründung der *Konsultative*, die sich aus „Bürgerrät*innen“ herausbilden soll – gedacht als eine vierte Säule in der Demokratie, die sich zur eigenen Sicherheit für Friedensarbeit einsetzt.

4) Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg (www.atomgegner.at)

Wilfried Leisch, ggae@gmx.at

2020 = 65 Jahre Staatsvertrag, 65 Jahre Neutralitätserklärung. Die Neutralität ist die Lehre Österreichs aus zwei Weltkriegen: Nie wieder für fremde Großmachtinteressen in den Krieg ziehen. Neutral sein heißt, eine aktive Politik der Friedenssicherung zu betreiben; gegen Aufrüstung, Militarisierung und Krieg aktiv auf- und einzutreten. Österreich ist seit 1995 Mitglied der EU. Vor dem Beitritt, und damit die Abstimmung mit einem JA zum EU-Beitritt ausgeht, wurde versprochen, dass die Neutralität unangetastet bleibt. Die seither zunehmende Einbindung Österreichs in die EU-Militarisierung sowie die Teilnahme an Auslandseinsätzen Österreichs in Kriegs- und Krisengebieten in Europa, Asien oder Afrika unter EU- oder NATO-Kommando – angeblich zur „Friedenssicherung“ – widersprechen Österreichs Neutralität und damit dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Österreicher*innen.

Die Bedeutung von Österreichs Neutralität in Europa und der Welt: Die EU ist auf dem Weg zur Rüstungs- und Kriegsunion (Stichworte: EU-PESCO/SZZ, EU-Battlegroups. Das ist eine Gefahr nicht nur für Österreichs Sicherheit und Neutralität, sondern auch für den Frieden in Europa! Der ÖGB hat in seinen Statuten im § 3 (1) die Verteidigung der Neutralität fest-geschrieben und ist im Oktober 2004 im Bundesvorstand für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung eingetreten. Der ÖGB muss ein sichtbares und öffentliches Engagement für die Neutralität an den Tag legen.

NEUTRALITÄT und soziale Sicherheit statt „Sicherheit“ durch Aufrüstung!

5) Projekt „Rüstungsatlas Österreich“

Franz Sölkner (Steirische Friedensplattform) franz.soelkner@thalbeigraz.at

Der neoliberal enthemmte Kapitalismus hat unsere Weltgesellschaft in eine schwere Krise geführt. Aufrüstung und eine wachsende Bereitschaft zur gewaltförmigen Krisenbewältigung sind deren logische Folgen. Seit Jahren erleben wir global stark steigende Rüstungsausgaben. Ca. 70% am aktuellen Allzeit-Rüstungshoch fallen auf

die NATO und die ihr globalstrategisch nahestehenden Staaten (wie Japan, Australien, Saudi-Arabien oder Israel). Laut SIPRI betragen 2019 die Rüstungsausgaben weltweit fast 2 Billionen US\$. Das ist ungefähr jener jährliche Betrag, mit dem laut Schätzungen die 17 UN-Entwicklungsziele bis 2030 erreicht werden könnten.

Österreich ist natürlich keiner der großen Player am globalen Rüstungsmarkt. Aber unser Anteil ist proportional deutlich größer, als es die Größe unseres Landes vermuten lässt: In den vom „European Network Against Arms Trade / ENAAT“ jährlich veröffentlichten Zahlen fand sich unser Land 2018 unter den 27 EU-Staaten mit einem Exportvolumen von 1,5 Mrd. € auf Platz 7 gereiht.

Weitgehend unbekannt ist aber, wo in Österreich in rüstungswirtschaftlich relevanten Zusammenhängen geforscht, entwickelt und produziert wird. Diese Wissenslücke versucht das Projekt Rüstungsatlas mit bundesländerspezifischen Recherchen ein Stück weit zu schließen. Damit soll eine Basis geschaffen werden für:

- die Planung konkreter friedenspolitischer Aktionen,
- die Aktualisierung des Gedankens der Rüstungskonversion
- die Nutzbarmachung von Ressourcen für eine aktive Neutralitätspolitik zugunsten friedlicher Entwicklungen.

Das Projekt Rüstungsatlas wird von einem Netzwerk von fünf Friedensgruppen getragen: Internationaler Versöhnungsbund - Österreich, Pax Christi, Rüstungsinformationsbüro, Solidarwerkstatt Österreich, Steirische Friedensplattform. Der Kurzvortrag wird sowohl über grundsätzliche methodische Schwierigkeiten der Recherche als auch über einige konkrete Zwischenergebnisse informieren.

6) Ziviler Friedensdienst in Österreich

Pete Hämmerle (Internationaler Versöhnungsbund Österreich)
petehaemmerle@versoehnungsbund.at

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein eigenständiges Instrument der österreichischen Außenpolitik und als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft konzipiert. Über den ZFD werden durch den Einsatz von Friedensfachkräften lokale Partnerorganisationen in Krisen- und Konfliktgebieten in Fragen von Gewaltprävention und Verhinderung von Gewalt, ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung auf Augenhöhe unterstützt.

Die konkreten Einsatzmöglichkeiten reichen von der Prävention von Gewalt über den unbewaffneten Schutz gefährdeter Aktivist*innen und Organisationen, Maßnahmen zur Vermittlung bei Konfliktlösungen bis zur Beseitigung von Kriegsfolgen und Versöhnungsarbeit. Ziel ist auch die Stärkung der entsprechenden organisatorischen Basis. Das Konzept des ZFD in Österreich soll sich am deutschen Modell orientieren, wo seit 1999 etwa 1500 Friedensfachkräfte in mehr als 60 Ländern im ZFD-Einsatz waren. Derzeit arbeiten rund 350 Friedensfachkräfte in 45 Ländern mit einem Budget von 55 Millionen Euro jährlich.

Der ZFD unterscheidet sich sowohl von bereits existierenden Freiwilligendiensten (Gedenk-, Sozial- und Friedensdienst) wie auch von humanitären oder klassischen Fachkräfteeinsätzen (Entwicklungshelfer*innen) insofern, als ausgebildete und erfahrene Friedensfachkräfte in Konfliktgebieten direkt an den Ursachen, Verläufen und Folgen gewaltförmiger Konflikte mit gewaltfreien, zivilen Methoden („working on conflict“) in enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen („local ownership“) arbeiten. Der ZFD ist ein vom Wehr- und Zivildienst unabhängiges und eigenständiges Instrument.

7) Militarisierung in Europa

Katerina Anastasiou (<http://transform.or.at/>) anastasiou@transform-network.net

Im Juni 2016, unmittelbar nach dem Brexit Referendum, veröffentlichte die Europäische Kommission ein Papier mit dem Titel „Globale Strategie“ ([Global Strategy](#)), welche Strategie die Europäische Außenpolitik in den nächsten Jahre ausführen soll. [Federica Mogherini](#) verteidigte im August 2016 die in diesem Papier beschriebene Planung zur Militarisierung der EU und setzte damit den Rahmen für die Einführung von PESCO ([Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – SSZ](#)), welche von Österreich unter der Regierung von Christian Kern mit Sebastian Kurz als Außenminister im November 2017, unterzeichnet wurde.

Global Strategy, gab die Richtung in eine multipolare Welt, in der sich die EU selbst zur verteidigen und ihren Grenzschutz militärisch auszubauen hat. Welchen Gefahren ist die EU tatsächlich ausgesetzt? In Zeiten einer Europäische Identitätskrise (Brexit) sind es eher die Segregations- und Spaltungstendenzen in der EU. Von den strukturellen Problemen der Europäische Integration wird durch militärische Aufrüstung abgelenkt, indem äußere Feinde konstruiert werden. Die Gefahren durch Klimawandel, Umweltzerstörung, Biodiversitäts-Verlust, marode Infrastruktur, unterfinanzierte Gesundheits- und Sozialsysteme werden unterbewertet. Unbewaffnete Kriegsgeflüchtete und Menschen, die vor Hunger, Verfolgung und Aussichtslosigkeit finden kaum Beachtung.

2017 kam das EU -Türkei Abkommen für Geflüchtete, welches der Türkei die Freiheit gab, das Schweigen der EU zu erpressen (Angriffskrieg auf autonome kurdische Gebiete in Syrien; Instrumentalisierung von Geflüchteten und Migrant*innen, um Milliarden zu erpressen etc) und sich militärisch im Mittelmeer auszubreiten. Bilaterale Abkommen zur „Migrationsabwehr“ unterzeichneten auch EU-Mitglieder (zB. Italien - Libyen), statt sich aktiv für Frieden in der Region einzusetzen und zusammen mit demokratischen Kräfte Fluchtursachen zu bekämpfen. Noch mehr Ausbeutung des Globalen Südens, noch mehr ökonomische Knechtung Afrikas, noch mehr Scheuklappen für die bevorstehende Umweltkatastrophe, welche Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Dafür immer mehr Milliarden für die Waffenindustrie.

2019 wurde die [Operation Irini](#) (Irini (gr. Είρήνη / Frieden) ins Leben gerufen. Statt erfolgreich das Waffen-Embargo für Libyen durchzusetzen, ist die Situation nun so: Das Mittelmeer ist von Osten bis Westen voller Kriegsschiffe. Die Türkei kann ungestört nicht nur Waffen, sondern auch Söldner nach Libyen bringen. UNHCR-Lager werden dort bombardiert. Sklavenhandel, Folter und Vergewaltigung sind Alltag. Das Mittelmeer ist ein Massengrab.

All dies ist und war möglich, weil Sicherheit immer noch militärisch diskutiert wird. Die Kalter-Krieg-Logik ist nach wie vor präsent. Friedensarbeit von heute heißt auch Sicherheit neu zu diskutieren. Soziale Sicherheit, Job-Sicherheit, Energiesicherheit, Umweltsicherheit, Gesundheit, Antirassismus, etc. Dafür müssen wir für die notwendigen finanziellen Mittel kämpfen.

Spätestens durch die Corona-Pandemie, wird allen klar, dass die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nicht mit Militäreinsätzen und Waffenhandel erfüllt werden können. Die aktuellen, weltweiten Militärausgaben betragen fast 2 Billionen Dollar. Für die Entwicklung einer Impfung gegen Covid19 zahlen Regierungen und internationale Organisationen zusammen 8 Milliarden Dollar.